Sondernummer 1 | Jänner 2022

DIE ROTE FAHNE

Revolutionäre demokratische Zeitung | Seit 1918

www.rotefahne.at

Sondernummer:

Beiträge zu Fragen der Corona-Pandemie, des Gesundheitswesens, der Impfung als Allheilmittel und den Protesten gegen die Covid-Maßnahmen.

Wehrt euch und kämpft:
Für demokratische und soziale Rechte!

Ist „Die Regierung muss weg“ eine taugliche Forderung?

Lange Zeit versuchten die FPÖ und diverse Glücksritter die Forderung „Kurz muss weg“ in den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung zu etablieren. Ebenso versuchte die SPÖ diese Forderung für sich zu nutzen. Nun ist Kurz weg und es hat sich bestätigt, dass diese Forderung nichts als Verwirrung über die tatsächlichen Machtverhältnisse brachte. Nun wird versucht eine neue Ausrichtung, ebenfalls durch die Eliten vorangetrieben, zu etablieren: Die Regierung muss weg.

Auf der einen Seite hat es der Bevölkerung noch nie etwas gebracht, sich auf schöne Versprechungen verschiedener Teile der Herrschenden zu verlassen, die sich selbst als „beste Alternative“ zu präsentieren versuchen. Auf der anderen Seite ist auch die Corona-Politik der Regierung keine Verrücktheit einzelner „machthungriger“ Personen, sondern ein Versuch der kapitalistischen Eliten die Pandemie für ihre eigenen Zwecke zu nutzen, einen Kurs des Sozial- und Demokratieabbaus durchzusetzen, der ohne „Corona-Krise“ in so kurzer Zeit schwer möglich gewesen wäre. Eine andere Regierung würde auch Sozial- und Demokratieabbau betreiben. Ebenso wie ein neuer Kanzler nichts anderes machte. Äußerst gefährlich wäre es für die Herrschenden in dieser Situation, wenn ein klarer Trennungsstrich zwischen Unterdrückern und Unterdrückten gezogen wird. Wenn sich die Arbeiter und breiten Massen darüber einig sind, dass sie auf ihre eigene Kraft vertrauen müssen und nicht in einen „heilsbringenden“ Regierungswechsel. Deshalb wird (noch dazu äußerst plump) von einem Luftschloss zum nächsten gerudert, um den Anschein zu erwecken, ein anderer Teil der Eliten würde wirklich etwas für die demokratischen und sozialen Rechte der Mehrheit bewirken. „Die Regierung muss weg“ wird vor allem dafür sorgen, dass die Bewegung in der Bevölkerung niedergeht, weil man weiterhin inständig darauf hofft, dass „die da oben“ es schon für uns regeln werden. Deshalb: Organisiert euch, wehrt euch und kämpft!

Für bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich

Musik für den Zusammenhalt: #nedmitunsaAns

Es braucht bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich!

von Hannes L.

86% der Pfleger sind der Meinung, ihre Arbeitssituation habe sich mit dem Ausbruch der Pandemie massiv verschlechtert. Stress, Überstunden und Arbeitsverdichtung haben zugenommen, teilweise mussten Pfleger sogar die Aufgaben von Physiotherapeuten und ähnliches übernehmen, weil die Betroffenen nicht ins Spital gehen konnten.

Bis heute haben die Kolleginnen und Kollegen in der Pflege trotz „Corona-Krise“ kein zusätzliches Personal, oder Verbesserungen gesehen. Jetzt werden sie als "Dank" sogar rausgeschmissen, wenn sie nicht geimpft sind. Nachdem sie am Beginn der Pandemie noch beklatscht wurden, sollen die Pflegekräfte jetzt sehen, dass sie nichts zu melden haben. *„Mit 45 Prozent denkt fast die Hälfte des Akut-Pflegepersonals darüber nach, den Beruf zu wechseln. … Als Gründe für einen möglichen Jobwechsel nennen 56 Prozent der Befragten den niedrigen Lohn und 47 Prozent wenig Wertschätzung für ihre Arbeit. 44 Prozent geben den Faktor Personalmangel an, 41 Prozent die hohe Arbeitsbelastung* [v.a. Arbeitszeit] *und 36 Prozent die hohe psychische Belastung.“* so heißt es in derselben Studie. Das alles sind bekannte Tatsachen, die mit dem generellen Abbau im Gesundheitswesen einhergehen. So wurde seit 1994 die Zahl der Krankenhausbetten in Österreich von 55.000 auf rund 45.000 gesenkt! Obwohl sich an den Betreuungseinrichtungen inzwischen (verständlicherweise) wirklich kaum mehr jemand bewirbt, melden die Landesspitäler aber nach wie vor genügend Bewerbungen. Der Personalmangel muss also bewusst gemacht sein. *„In Wien ist das viel über Zwangspensionierungen passiert“*, berichtet eine Krankenschwester auf Nachfrage. Es ist bezeichnend, dass die Kürzungen während Corona weitergehen (wie die 900 Spitalbetten in der Steiermark oder dem abgebauten Wiener UKH Lorenz Böhler). Der Großteil der Einsparungen wurde jedoch unter SPÖ-Regierungen durchgeführt.

Der Pflegebereich ist eigentlich eine der größten Berufsgruppen in Österreich, wäre sie nicht in zahlreiche Kollektivverträge (Privat, SWÖ, Caritas etc) zersplittert. Neben höherem Lohn und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich braucht es also einen gemeinsamen Kollektivvertrag. Das geht nur, wenn sich die Arbeiter und Angestellten in der Pflege zusammenschließen und für ihre Interessen kämpfen!

Personal aus dem Gesundheitswesen startet Petition

von Mirko B.

Im Oktober startete eine Krankenpflegerin die Petition „Gesundheitsberufe stehen auf“ und richtet sich darin gegen die schlechten Bedingungen und die Diskriminierung von Ungeimpften am Arbeitsplatz.

Im Text der Petition schildert die Initiatorin, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Gesundheitsbereich gegen den Impfzwang stellen und wie der steigende Druck über die Impffrage zu Mobbing und Diskriminierung geführt hat. Dieser Druck findet sowohl gegenüber Mitarbeitern wie auch Patienten statt und wird von der Regierung und den anderen Parteien gefördert und mitgetragen.

Die Initiatorin findet es unverständlich, dass langjährige Beschäftige im Pflegebereich, die ihren Beruf mit Leib und Seele ausüben, nun als Übeltäter gelten. Und das obwohl sie zu Beginn der Pandemie noch „beklatscht“ wurden. Es ist ein wichtiges Signal, dass solche Aktionen von Seiten des Gesundheitspersonals kommen, denn damit wird gezeigt, dass die Gesundheitsfrage nicht auf die „Corona-Frage“ und noch viel weniger auf die Impfpflicht reduziert werden kann. Schon vor der Pandemie wurde der Abbau des Gesundheitswesens vorangetrieben und mit der Pandemie fortgesetzt. Die Missstände im Gesundheitswesen wurden bereits heuer im November 2021 vom Gesundheitspersonal erneut aufgezeigt, doch trotz Pandemie haben die Herrschenden diesbezüglich nichts gemacht.

FPÖ: Loyale Opposition im Dienst der Herrschenden

von Katharina J.

Seit März/April dieses Jahres hat die FPÖ ihre „Chance“ gewittert und ist auf den Protest gegen die Corona-Maßnahmen aufgesprungen. Nun präsentiert sie sich als die beste Verteidigerin demokratischer Rechte, mobilisiert für Demonstrationen und hat scheinbar alles vergessen was sie in den vergangenen Jahrzehnten gegen das Volk gemacht hat. Wie ist das aber jetzt: können mit der FPÖ vielleicht doch unsere demokratischen und sozialen Anliegen erkämpft werden?

"Kurz muss weg" - Und was hat uns das gebracht?

Die Geschichte hat gezeigt: sobald die FPÖ in Regierungsbeteiligung ist, war sie die beste Verteidigerin der Interessen der Eliten, der „Globalisierung“ und des „neoliberalen Wandels“. In der Regierung Schwarz-Blau I von 2000-2006 wurde die Privatisierung etlicher Staatsbetriebe vollzogen (Buwog, Telekom Austria, voestalpine,...), das Pensionsantrittsalter um eineinhalb Jahre erhöht, die Kündigung von Lehrlingen vereinfacht und die Selbstbehalte für gesundheitliche Behandlungen erhöht. Auch mit den demokratischen Rechten ist es bei der FPÖ in Wahrheit nicht weit her. 2016, unter Schwarz-Blau II, rühmt sich der FPÖ-Verkehrssprecher damit, dass die FPÖ *„schon seit 2009 gefordert* [hat]*, dass die Demo-Inflation insbesondere am Ring und auf der Mariahilfer Straße gestoppt werden muss“*. Sie forderten eigene „Demo-Zonen“ auf der Donauinsel. Noch im August 2020 forderte die FPÖ die „numerische Einschränkung“ von Protesten und eigene „Demozonen“. Im Jänner 2021 rief Kickl dazu auf, Demonstrationsverbote ernst zu nehmen und den Protesten fernzubleiben. Ginge es nach Plänen der FPÖ, könnte man sich also die Demonstrationen gegen undemokratische Maßnahmen aufzeichnen.

Hat sich nun die FPÖ grundlegend verändert? Nein! Die Politik ist dieselbe, nur dass nun den Protestierenden vorgespielt werden soll, sie hätten eine „Vertretung“ im Parlament. Dass sich die FPÖ als führende Kraft in den Protesten stabilisieren konnte, bereitet den Niedergang der Volksbewegung vor. Es ist die FPÖ die für die herrschenden Eliten dafür sorgen soll, dass alles „im Rahmen bleibt“, damit der Sozial- und Demokratieabbau weiter fortgesetzt werden kann. Auf die FPÖ zu vertrauen heißt den Kurs der Herrschenden zu stützen!

Angriffe gegen Linke auf Corona-Demo

von Paul W.

Im November und Dezember kam es auf Demonstrationen gegen undemokratische Pandemie-Maßnahmen zu einzelnen Angriffen von Faschisten auf demokratische und fortschrittliche Teilnehmer. Bei einem dieser Vorfälle wurde eine junge Frau attackiert. Sie trug ein Schild mit der Aufschrift: „Antifaschist für immer!“.

Diese Vorfälle zeigen, dass faschistische Gruppen mutiger werden, versuchen die Demonstrationen für sich auszunutzen und glauben, sie könnten sich immer mehr erlauben. Sie beweisen mit diesen Attacken auch, dass es ihnen überhaupt nicht um die Kritik an den antidemokratischen Maßnahmen geht, denn wenn linke und fortschrittliche Kritik Ausdruck findet, versuchen sie diese mit Gewalt zu verhindern. Plötzlich geht es nicht mehr um angeblich „gemeinsame Anliegen“, sondern gegen andere Demonstrationsteilnehmer. Diese Angriffe richten sich damit auch gegen die Mehrheit der Demonstrierenden, die mit fortschrittlicher Kritik undemokratischer Maßnahmen kein Problem hat, was den Faschisten bewusst ist. Sie fürchten sich davor, dass linke und demokratische Kräfte mehr Gehör finden, denn dann würden die Proteste den Herrschenden noch mehr weh tun und könnten die undemokratischen Maßnahmen dauerhaft zurückschlagen.

Dass Faschisten andere Demonstrierende attackieren war in der ersten Phase der Proteste noch nicht so. Damals hatte die FPÖ auch noch nicht so viel Einfluss, sondern pflegte insgesamt ein eher unsicheres Verhältnis zu den Protesten. Doch heute baut die FPÖ ihren Einfluss aus und tut so, als hätte sie die Proteste für sich gepachtet. Je größer ihr Einfluss wird, desto mehr trauen sich faschistische Kräfte aus der Deckung und lassen die Maske des „normalen Demonstranten“ fallen. Es war ganz richtig, dass demokratische Kräfte schon sehr früh in der Bewegung gegen die FPÖ argumentiert haben, dass ihre Einflussversuche schon bald bekämpft wurden. Denn in der Protestbewegung erfüllt die FPÖ, die immer eine Partei der Reichen, des Sozial- und Demokratieabbaus war, in gewissem Sinn die Rolle des Schutzpatrons für solche Schlägergruppen und schadet auch damit dem Protest insgesamt.

ÜBER UNS

Wir brauchen andere Zeitungen! Die Presse und andere Medien sind heute vollkommen mit den kapitalistischen Monopolen und dem Staatsapparat verschmolzen. Wir können feststellen, dass die Unterdrückten und Ausgebeuteten keine eigene Presse haben, außer sie schaffen sich selbst Organe die in ihren Händen liegen, ihre Interessen wahrnehmen und zum Ausdruck bringen. Die „Rote Fahne“ ist eine revolutionäre demokratische Zeitung, die auf Seite der Unterdrückten und Ausgebeuteten steht und auch aus ihnen kommt. Mit unserer Tätigkeit wollen wir die aktive Teilnahme verschiedener Teile des Volkes an dieser Arbeit fördern und somit zu ihrer Organisierung beitragen. Unsere gesamte Blattlinie findest du auf unserer Homepage.

Impressum: Medieninhaber (Verleger), Herausgeber, Hersteller: Kulturverein E.E. Kisch. Anschrift: Gantze, Postfach 46, 4025 Linz. |Kontakt: E.Kisch@tutanota.com

Bild Seite 3: Demonstranten halten Plakat mti Botschaft "Friede, Freiheit, Kurz muss weg", Ivan Radic, Wikimedia Commons, CC BY-SA 2.0

Musik für den Zusammenhalt: #nedmitunsaAns

von Andrea J.

Mit rund 65.000 Aufrufen auf YouTube hat ein neues Lied des Wiener Rappers *„ANSA“* (ehemals *Die Vamummtn*) die Stimmung eines Teils der Bevölkerung aufgefangen: #nedmitunsaAns. Zwischen Schmäh und ernsthafter Botschaft wird ausgesprochen was sich viele heute denken: gegen die Spaltung der Bevölkerung aufgrund des Covid-Impfstatus.

Das Lied *#nedmitunsaAns* richtet sich gegen die Berichterstattung der sogenannten Mainstream-Medien und bestärkt die Hörer darin, ihren kritischen Geist zu bewahren: *„Nur weils was im Fernsehen zeigen, ist‘s ned gleich Realität. Do is olles nur geschminkt und inszeniert. Losst‘s eich ned unterkriegn, stehts auf und kämpfts“*. Er reagiert auch darauf, dass die Spalterei in der Bevölkerung auf Ablenkung abzielt und meint *„Es geht nur um deren Kontrolle, deren Mocht und deren Profit“*. Damit soll offenbar aufgezeigt werden, dass sich trotz Pandemie die Profite der Reichen und Mächtigen vergrößern, während die Bevölkerung die Krisenlasten tragen muss.

Im zweiten Teil der Nummer #nedmitunsaAns Pt.2 wird im Refrain angesprochen, wem die Spalterei der Bevölkerung dient: *„Und olle streiten sich drüber, bist du gimpft oder bist‘s ned. Darüber streiten des bringt‘s ned – so spaltet uns die Elite“*. Richtig wird im Lied gefragt, was denn das Streiten über „geimpft“ und „ungeimpft“ bringen soll. Denn es ist klar, dass die Pandemie weder gesellschaftliche Widersprüche, noch „oben“ und „unten“ aushebelt. Jetzt so zu tun, als wäre die Frage wer geimpft und wer ungeimpft ist das „Wichtigste“, ist genau das Ziel der herrschenden Eliten – so wie es ANSA mit EMIR & DREIA im Lied zum Ausdruck bringen. Die zwei Nummern sind eine erfrischende Abwechslung und auf jeden Fall empfehlenswert, im Kampf gegen Spalterei und die Pläne der Eliten.